IEBA 15263

Argus International de la Presse S.A.
GENÈVE - Téléphone (022) 44005
ZÜRICH - Telefon (051) 27 99 12/27 18 77

Extrait du Journal: Die Tat
Zürich

18. Aug. 1951

Scherbengericht über Karl Barth

j. Wieder einmal mehr wurde der Basler Theologe *Karl Barth* Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen. Der bernische Erziehungs- und Kirchendirektor *Markus Feldmann* ist, wie das letztemal *Emil Brunner,* für diesmal der Gegenspieler der Basler Lehren, Meinungen und ihrer Verfechter. *Erfreulich* dabei bleibt, daß sich ein hiesiger Regierungsrat mit großer Lese- und Kampftreue aufmacht, einem Meister von Wort, Hieb und Stich auf gleicher Ebene zu begegnen. *Erfreulich* bleibt ferner, daß auf diese Weise ein Gespräch in Aussicht gestellt wurde, das Klärungen gebracht und mancherlei Mitkämpfer aus dem Hinterhalt gelockt hätte.

Die ganze Auseinandersetzung, die sich bisher in einer Schrift von einigen Dutzend Seiten, die von der Berner Staatskanzlei herausgegeben wurde, und der Presse vollzogen hat, bleibt aber *in ihrem Ausgange peinlich:* das Gespräch, das verheißungsvoll begann, bleibt ohne Antwort. Die Auseinandersetzung, zu der die Geschütze aufgefahren wurden, ist abgebrochen, und so mirakeln die Luntenmeister untätig hinter den Rohren. Teilweise ist dieser unerfreuliche Zustand vielleicht Feldmann zuzuschreiben, weil er so vom Leder gezogen, wie es Barth mißfallen mußte. Gewiß aber bleibt, daß Barth selbst die Begegnung abgeblasen hat, daß er also zum mindesten von dieser Schuld nicht freigesprochen werden kann, wenn wir bedenken, daß die Antwort, die aussteht, nicht Feldmann, sondern einigen noch und vielleicht dem Schweizervolke zu gelten hatte.

So ist die Verlegenheit hüben und drüben nach bescheidenem Frohlocken im Lager derer, die mehr Kampfzeilen hinter sich gebracht haben, allgemein. Sie rührt daher, daß insgeheim das Bewußtsein besteht, es sei eine Schuld nicht abgetragen. Sie rührt aber darüber hinaus ferner aus der Art der Begegnung selbst. Es macht mißtrauisch, wenn ein Vertreter der Toleranz wie Feldmann, der seinerzeit sogar bei der Beratung des Schulgesetzes die Notwendigkeit einer christlichen Grundlage des Unterrichts bestritten hat, zum mindesten im Wort zur Intoleranz ausholt, Barth und die Barthianer schuriegelt, daß es eine Freude ist, während auf der andern Seite ein äußerst intoleranter Dogmatiker geneigt erscheint, zum toleranten Anwalt der Kommunisten zu werden. Verlangte jener von den Barthianern Duldung und Selbstbeschränkung, während er die Kommunisten ohne Duldung und selbstsicher ausschloß, so forderte dieser die Duldung auch den «Meineidgenossen» gegenüber, so daß der Verfechter der Freiheit mit großzügigerer und freiheitlicherer Gebärde übertrumpft und geschlagen wurde.

Zur Verlegenheit trug weiter bei, daß der umstrittene Lehrmeister des rechten Glaubens sowohl von Wortführern unserer schweizerischen Vaterlandsrechte wie auch von den Kommunisten gepriesen und *für ihre Zwecke gelesen* und beansprucht wurde. So ist zum mindesten durch die Tatsache, daß sich die Kommunisten zu Anwälten Barths gemacht haben, die Gestalt des Theologen in äußerer Sicht schillernd geworden, und Barth selbst hat einiges dazu beigetragen, allen gegenwärtig und entzogen zu sein. So steht er hinter den Parolen der Westgläubigen, wenn er widerwillig ausführt, daß die Kommunisten in Sowjetrußland «mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise» ihre eigenste Aufgabe in Angriff genommen hätten. Ferner scheint es, daß er den Sukkurs der Linken als «wenig sympathisch» empfindet. Ueber alles hinaus aber können im neuesten Bande der Dogmatik jene Ausführungen als Bekenntnis gewertet werden, die der Kirche auftragen, den Krieg so, wie es ihr gegeben ist, zu verhindern. Dort steht auch die eindeutige Zusage, die sich Barth endlich beeilt herzusetzen (beiläufig allerdings nur), daß er es bei einem Angriff auf die Unabhängigkeit, Neutralität und territoriale Integrität der Schweizerischen Eidgenossenschaft für gegeben halte, den Kampf aufzunehmen und daß er sich entsprechend äußern und verhalten würde. Soweit können wir uns des gewichtigen Miteidgenossen freuen.

Auf der andern Seite ist der Ruhm, den die Kommunisten «ihrem» Barth spenden, verdächtig genug. Es klingt für unsere gewaschenen Ohren eben mißlich, wenn man Wert darauf legt, Belzebub vom Teufel zu unterscheiden, Josef Stalin nicht im selben Atemzuge mit den Scharlatanen des Dritten Reiches zusammen genannt zu wissen. Ferner fällt es auf, daß einzelne Nachläufer des Basler Orakels die militärische Landesverteidigung fragwürdig machen, in unsere *berechtigten* Ausfälle gegen die Kommunisten nicht einstimmen wollen und sich gegen die Vorratshaltung auflehnen. Dazu kommt, daß manche von ihnen unsere Ablehnung der Sowjetunion mit einem Hosianna zugunsten des Weißen Hauses gleichzusetzen bereit sind.

Wie soll also die Verlegenheit behoben und das Gespräch geschlossen werden?

Allem voran ist zu sagen, daß Barth kraft seiner überragenden Leistung, die uns über die Tausende von Seiten seines Werkes hin immer wieder imponiert, das Recht besitzt, zu erwarten, daß unsere politische Gretchenfrage mit dem Gewicht seiner *ganzen* Leistung schon beantwortet worden ist. Wir aber besitzen ihm gegenüber ein Recht auf Eindeutigkeit der Auskünfte, die den simplen Bürger der Aufgabe entheben würde, eine ganze Dogmatik an Stelle eines Ja, Ja oder Nein, Nein zu überprüfen. Allem voran muß ferner auch gesagt werden, daß das Zwielicht, in dem die Gestalt und die Meinung des Theologen steht, zu einem guten Teil auf sein *differenziertes Denken* zurückzuführen ist. Es ist eben Barth nicht gegeben, Parolen vorbehaltlos zu übernehmen, und dies erwarten allzu viele von ihm. Sie wollen nicht Barth erkennen, sondern die eigenen Meinungen bestätigt haben. Gerade diese Tatsache aber würde Barth herausfordern, das Recht auf eine Denkweise, die nicht nur schwarz und weiß kennt, überall zur Pflicht zu erheben und die Differenzen an *allen* Orten zu vertreten. Faul bleibt es aber, wenn Barth die Tatsache, daß der Berner Regierungsrat von Katholiken gerühmt wird, jener andern an die Seite stellt, daß er sein eigenes Lob den Kommunisten zu danken hat. Ganz faul ist es für einen Dialektiker der Intelligenz Barths ferner, wenn er feststellt, daß die Kirche heute bestimmt keinen Anlaß habe, gegen den Strom zu gehen und ein Bekenntnis zum Kommunismus abzulegen, um daraus zu folgern: «Aber muß sie darum durchaus mit dem Strom gehen — und also mit Amerika und mit dem Papsttum?» Ist denn die Ablehnung der Sowjetbarbarei mit dem Bekenntnis zum Weißen Haus und zum Heiligen Rom identisch? So schließt nur noch der «*Vorwärts*», der Barth heute verteidigt: «Auf Geheiß und im Interesse von Trustamerika wird gerade Karl Barth angegriffen, weil er in bürgerlich-kirchlichen Kreisen ein Wortführer gegen die Remilitarisierung ist.» Barth, der auch im Blick auf den Kommunismus von heute gefordert hat, zu unterscheiden, sollte derartiger Differenzen inne werden, Differenzen, die ihn allzuoft auch die marxistische Ideologie mit der sowjetrussischen Wirklichkeit verwechseln lassen.

Schluß auf Seite 2

Lenken die Kommunisten in Kaesong ein?

Auch die Alliierten zu Konzessionen bereit

London, 17. Aug. (United Press) Im Tass-Bericht über die 26. Sitzung der Waffenstillstandskonferenz heißt es:

«General Nam Il, der Chef der Delegation der nordkoreanischen Volksarmee und der chinesischen Freiwilligen, stellte fest, daß die andere Partei, obwohl sie wiederholt erklärt habe, ihr Vorschlag hinsichtlich der militärischen Demarkationslinie könne jederzeit berichtigt werden, in Wirklichkeit die ganze Zeit auf dem Prinzip bestehe, daß die Linie und die zugehörigen entmilitarisierten Zonen in unsern Stellungen nördlich des 38. Breitengrades liegen sollten.»

«Anderseits», so stellte General Nam Il weiter fest, «besteht unser Vorschlag darin, die militärische Demarkationslienie auf den 38. Breitengrad zu legen.

Natürlich kann dieser Vorschlag, wenn dies nötig und durch Vernunft begründet ist, mit der Topographie und den entsprechenden Anforderungen beider Seiten in Uebereinklang gebracht werden.»

Ein neues Angebot der Alliierten

Tokio, 17. Aug. (Reuter) Der Nachrichtenoffizier der Vereinten Nationen in Tokio veröffentlichte am Freitag früh den Text einer Erklärung zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Kaesong. Darin heißt es:

«Wenn die Waffenstillstandsverhandlungen in Kaesong an der Frage der Festlegung der Demarkationslinie scheitern, so wird die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf den Schultern der Kommunisten ruhen. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, liegt das zu verteidigende Gebiet in der Gegend der derzeitigen Stellungen.

Das Kommando der Vereinten Nationen ist indessen bereit, das Gelände, das es nördlich des 38. Breitengrades gewinnt, durch Konzessionen an der Westküste auszugleichen.

Die Delegierten der Vereinten Nationen wünschen über diesen Punkt zu verhandeln. Das Kommando der Vereinten Nationen hat überdies wiederholt seine Bereitschaft erklärt, die Frage einer Angleichung zu behandeln. Es ist aber offensichtlich, daß die Kommunisten beabsichtigen, den Krieg zu verlängern, weil sie politische Fragen an einer militärischen Konferenz entscheiden wollen.»

Erste Sitzung des Unterausschusses

Tokio, 17. August. (Reuter) Der gemischte Unterausschuß der Waffenstillstandskonferenz von Kaesong ist am Freitag zusammengetreten. Er hält am Samstag eine weitere Sitzung ab.

Die Persönlichkeit des chinesischen Unterhändlers

Tokio, 17. Aug. (AFP) Bei General *Hsieh* Fang, dem chinesischen kommunistischen Mitglied des neuen Subkomitees von Kaesong, handelt es sich, wie Spezialisten für chinesische An-

solche Proportionen angenommen, daß er nicht übersehen werden kann.

Die neueste Welle der Eisenhowerbegeisterung begann nach der Rückkehr einiger republikanischer Kongreßmänner, die kürzlich sein Pariser Hauptquartier besuchten und bei dieser Gelegenheit mit dem Chef der Atlantikstreitkräfte mehr über Parteistrategie als über Kriegsstrategie sprachen. Eisenhower hat zu diesen Gesprächen, um Zeugen zu haben, wohl zwei seiner Adjutanten herbeigerufen, aber er hat nicht, wie er es früher scheinbar tat, die Erwähnung des Themas seiner Kandidatur für das Weiße Haus von vornherein als nicht opportun abgelehnt.

Ein bereits seit Wochen vorliegender Bericht des Washingtoner Korrespondenten der «Chicago Tribune» über diese Sondierungen ist weder von dem General noch von den Teilnehmern an den Unterhaltungen dementiert worden. Dies hat den Wagen recht eigentlich ins Rollen gebracht und im Laufe der letzten Tage zur Konstituierung einer inoffiziellen Gruppe von starken Eisenhoweranhängern innerhalb der Republikanischen Partei geführt.

Eisenhower soll in Paris erklärt haben, daß er «innenpolitisch eher zu den Republikanern, außenpolitisch zu den Demokraten» neige.

klärt, daß diese Hoffnung utopisch sei. Das amerikanische Zweiparteiensystem erlaube eine solche «überparteiliche» Wahl nun einmal nicht. Der General müsse sich für eine der beiden Parteien entscheiden, und zwar bald.

Eisenhower scheint dies eingesehen zu haben. Er hat sich im Prinzip allem Anschein nach für die Republikaner entschieden, aber einen wichtigen Einwand gemacht.

Sollten die Republikaner auf ihrem Parteikonvent im Sommer 1952 Senator Robert Taft zu ihrem Kandidaten machen, so werde er, Eisenhower, sich den Demokraten, die gleichfalls um seine Gunst buhlen, zur Verfügung stellen.

Tafts Einzug ins Weiße Haus zu verhindern scheint also Eisenhowers Hauptmotiv für die eventuelle Annahme einer Präsidentschaftskandidatur zu sein.

Er ist der Ansicht, daß Tafts Wahl Amerikas gesamte Außenpolitik gefährde und einen Sieg für die Sowjetrussen bedeuten würde.

Auf Grund dieser Informationen aus Eisenhowers Hauptquartier haben sich jetzt folgende führende Republikaner zur Propagierung einer Eisenhowerkandidatur gefunden: Herbert Brownell und Hugh Scott, die im Jahre 1948 die De-

... General Eisenhowers stehen.

Fünf der zehn kürzlich ausgerüsteten britischen Divisionen werden sich in Westdeutschland konzentrieren; kleinere Truppenabteilungen werden in Berlin, Wien und Triest stationiert werden.

Versorgungsdepots werden in Belgien und Holland errichtet werden, wo bereits Verhandlungen über die Ueberlassung von Stützpunkten im Gange sind. Sie werden mit der Zeit das große militärische Depot in Hamburg ersetzen, das für die britische Rheinarmee das Hauptversorgungszentrum ist.

Scherbengericht über Karl Barth

Schluß von Seite 1

Emil Brunner hat seinem Mitstreiter vor drei Jahren vorgeworfen, er nehme zur kommunistischen Großmacht des Ostens wenn nicht gar eine freundliche, so doch eine betont verständnisvolle und jede scharfe Ablehnung geflissentlich vermeidende Stellung ein. Damals hat Barth geantwortet, eine Stellungnahme sei von der Kirche nur gefordert, wenn *«Not am Manne»* sei. Beim Einbruch des Dritten Reiches, so meinte er, war diese Not am Mann. Das Volk nämlich ließ sich von Hitler imponieren. Damals habe er die Kirche zu Recht aufgerufen, in Deutschland nämlich gegen die Machthaber und in der Schweiz gegen die Versuchung. Heute aber sei Haß, Abscheu, Angst gegen die Barbarei des Ostens in aller Welt rege. Anfechtung, Versuchung und Verlockung bestünden kaum. So spricht Barth von ein paar westeuropäischen Kommunisten, um die es sich handle, und er vergißt, daß der Nationalsozialismus in Europa seinerzeit weit weniger Menschen einzusetzen hatte, als sie dem Kommunismus verfügbar sind. Er vergißt ferner alle Greuel hinter dem Eisernen Vorhang, denen wir im Kampfe *gegen* die Unterdrücker und für die Unterdrückten gleichzeitig brüderlich verbunden sind. So meinte Barth damals, die Kirche habe keinen Anlaß, ein Bekenntnis zum Kommunismus abzulehnen, weil der Kommunismus eines solchen Bekenntnisses weder in seiner marxistischen, noch seiner imperialistischen, noch seiner asiatischen Komponente würdig sei.

Noch im Februar 1949 hat anläßlich eines Vortrages im Berner Münster Barth ausgeführt, daß der Gegensatz zwischen Ost und West den Christen *nichts angehe.* Die Kirche soll abwarten, «ob und in welchem Sinn die Situation für sie wieder ernst und spruchreif» werden möchte. Bedenklich bleibt der Satz, den Barth diesem Gedankengang nachliefert: «Wird eine konkrete geistliche Bedrängnis — *wir wissen aber wirklich noch nicht aus welcher Richtung!* — aufs neue auf den Plan treten, wie sie 1933—1945 auf dem Plane war, dann wird es sich ja zeigen, was, gegen und für wen wir dann zu bekennen haben.» Weiß denn Barth wirklich noch nicht, aus welcher Richtung eine konkrete geistliche Bedrängnis droht und wo sie heute schon besteht? Wenn wir Feldmann auf seine Frage hin, was Barth veranlassen konnte, den Diktator im Osten vom Diktator im Norden vorteilhaft abzuheben, bereit wären zu antworten, daß es nicht der Wunsch nach einer Referenz vor dem östlichen Diktator gewesen, sondern daß der Aussage eine gewisse Wahrheit zugrunde lag, so sind wir durch den zitierten Satz nahezu widerlegt. Leidet denn Barth als Mensch, aber auch als Theologe nicht mit, wenn er von den Greueln hört, die nicht mehr unbekannt sind, und geht ihn denn das Schicksal von *Stepinac, Mindszenty* und *Beran* nichts an? Hat er nur darauf zu antworten, der Kommunismus sei nicht *anti*christlich, sondern *a*christlich, er sei gottlos und nicht gottfeind? Und wenn er dies antworten sollte, was hätte das Gerede mit unserer Christenpflicht gemein? Könnten wir ihm folgen, wenn er behauptet, der Kommunismus habe nie den geringsten Versuch gemacht, das Christentum selbst auszubeuten, zu verfälschen, sich selbst in ein christliches Gewand zu hüllen, und wenn wir ihm zustimmen sollten, wäre es nicht mehr und verpflichtend mehr, wenn sich der Kommunismus dieses Versuches entschlagen hätte und den Kampf auf ganzer Front aufzunehmen gewillt wäre?

Nicht zu Ende gedacht scheint uns ferner, wenn Barth ausführt, es gehe beiden Seiten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges um die Menschlichkeit, nur handle es sich im Osten um eine Gerechtigkeit, die mit der Freiheit noch nicht ins rechte Verhältnis gekommen sei, während es im Westen um eine Freiheit gehe, die mit der Gerechtigkeit noch nicht ernst gemacht habe. Dies zu Ende denken, hieße, den Raub der Freiheit als totale Ungerechtigkeit, die soziale Ungerechtigkeit als partielle erkennen und jene *vor* dieser ablehnen.

Wenn Barth nicht willens ist, die Fragen, die man hierzuland ihm stellt, zu beantworten, so darf er darauf verweisen, daß seine Gegner ebenfalls nicht willig sind, die Fragen, die *er* einwirft, aufzugreifen. Zu diesen Fragen gehört jene wesentliche, die ausführt, Sowjetrußland habe (wenn auch mit schmutzigen und blutigen Händen) immerhin eine konstruktive Idee im Ziele, eine Idee, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage darstelle und die wir mit unseren sauberen Händen *noch lange nicht energisch genug* angefaßt hätten: die soziale Frage. In diesem Sinne schrieb Pfarrer *A. Fankhauser* in den Seminarblättern von Muristalden zu Beginn dieses Jahres interpretierend, es sei die Meinung Barths, daß es für den Westen noch eine größere Gefahr gebe als die, welche in den russischen Tanks und Kanonen bestehe, nämlich die hinter diesen Waffen stehende mächtige Ideologie, die vor aller Wiederbewaffnung durch *die soziale Gerechtigkeit als der besten Waffe* bekämpft werden müsse. Hier hat Barth zu einer Gesellschaftskritik des Westens angesetzt, die nur mit Taten beantwortet, nicht aber mit Gegenfragen erledigt werden kann. Diese Gesellschaftskritik gilt es ernst zu nehmen, wenn man anderseits von Barth fordert, er habe unsere Bedenken nicht in den Wind zu schlagen.

Zu all dem kommen einige Erwägungen, die nur im Fluge gestreift werden können. Etwa jene: Hat die Kirche das Recht, den Einzelnen zu verdammen und wäre er selbst kommunistischer Gesinnung? Jene weitere: Ist es im Sinne der Kirchenpolitik vernünftig, durch die Kirche des Westens zum Kampfe aufrufen zu lassen? Welche Dienste leistete man damit den Brüdern, die unter der Macht des Gegners stehen? Und an Karl Barth: Kann sich die Kirche *dem* Entscheid unserer Tage entziehen oder ihn auch nur aufschieben? Enthebt uns der Glaube an Gottes Heilsplan dieser Stellungnahme in diesem gegebenen Augenblick? Zuletzt: Wenn die Kirche den prophetischen Auftrag hat, inmitten dieser Welt Gottes Reich als Reich der Gerechtigkeit und des Friedens aufzuweisen, und Barth behauptet, sie habe gerade deshalb kein bestimmtes Programm bestimmter Parteien, Klassen und Nationen vorzulegen, so bleibt doch zuletzt die Frage offen, *wie sich der Christ zum Kommunismus im allgemeinen und zu seiner sowjetrussischen Form im besonderen zu verhalten habe.* Daß ihm diese Frage beantwortet wird, darf er mit Recht erwarten. Diese Antwort aber muß, soll sie dem Tage gerecht werden, eindeutig und bündig sein, ohne daß sie damit den Parolen zu verfallen hätte.

Nach diesen Erwägungen, die hinüber und herüber genug ungelöste Vorwürfe aufweisen, scheint es uns selbstverständlich, daß das Gespräch, das Feldmann aufgenommen hat, eines Schlusses bedarf. Das Schlußwort liegt bei Barth. Die Antwort gilt nicht nur Feldmann, sondern sie gilt, nachdem die persönliche Angelegenheit sich ausweitete, manchen Kreisen — allen. Diesem Aufruf kann sich Barth nicht entziehen. Täte er es dennoch, so kämen wir zum Verdacht, daß unbeschadet seines großartigen Werkes die Persönlichkeit in politischer Hinsicht ähnlich fragwürdig sei wie jene von Thomas Mann. Wir gestehen aber Thomas Mann mit Bedauern zu, daß er sich in der politischen Sphäre irren darf oder daß er sich gar von ihr zurückhalten kann (täte er es!), während wir vom Theologen die *ganze* Antwort mit dem *ganzen* Einsatz des Wissens und des Herzens fordern.